

Mitteilungsblatt 07.02.2020

FDP Fraktion stimmte für Grund- und Gewerbesteuererhöhung

In der Januarsitzung des Hirschberger Gemeinderats stand das Thema Steuersätze für das Jahr 2020 im Vordergrund. Ein Thema das sicherlich nicht gerade für Freudenstürme in der Bevölkerung sorgt, gerade wenn es um eine Erhöhung geht.

Die FDP-Fraktion hat sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht. Für uns war und ist eine Steuererhöhung immer das letzte Mittel der Wahl. Deswegen haben wir in den letzten Jahren auch immer wieder Haushaltsanträge gestellt, die zum einen ausgabenmindernd sind oder aber auch Einnahmen stärken sollten.

Als Beispiele kann man hier sicherlich das Thema Erweiterung der Gewerbe- und Baugebiete nennen. Aber auch die Streichung diverser Bauprojekte oder die Streichung von nicht mehr zeitgemäßen freiwilligen Aufgaben.

Die FDP-Fraktion kam in der Vorbereitung der diesjährigen Haushaltsanträge zu dem Schluss, dass der derzeitige Haushalt keine großen Spielräume mehr für Ausgabenminderungen bietet. Alle von der Verwaltung vorgesehen Ausgaben sind plausibel und sicherlich kein Luxus.

Notwendiges von Wünschenswerten zu trennen ist hier immer unser Credo gewesen. Allerdings müssen auch wir anerkennen, dass mehrere Faktoren den Gemeindehaushalt in den nächsten Jahren stetig belasten werden.

Zum einen sind hier die immer mehr steigenden Kosten für das Thema Kinderbetreuung zu nennen. Ein Thema das von Seiten der Landes- und Bundesregierung stetig propagiert und forciert wird. Dies ist zwar positiv für alle Familien aber für die Gemeinde ein gewisses Problem. Denn die Kosten für den erhöhten Betreuungsaufwand werden nur zum Teil von der Landesregierung übernommen. Ein großer Teil bleibt dabei an der Gemeinde hängen und schränkt den Handlungsspielraum zunehmend ein.

Das andere große Thema ist der Renovierungsstau an unseren öffentlichen Gebäuden, der auch in den nächsten Jahren konsequent angegangen und abgearbeitet werden muss. Sporthallen, katholischer Kindergarten oder auch die alte Villa in Leutershausen müssen alle in den nächsten Jahren angegangen werden. Der derzeitige Neubau des evangelischen Kindergartens muss ebenfalls noch abgearbeitet und bezahlt werden.

All dies zusammen bedeutet für den Haushalt eine extreme Belastung für die nächsten Jahre.

Wenn man alle diese Aufgaben über Kreditaufnahme finanzieren möchte, würde man damit die nachfolgenden Generationen belasten. Da dies unserer Meinung nach keine Generationengerechtigkeit darstellt, ist eine Erhöhung der derzeitigen Hebesätze die einzig mögliche Alternative. Nur so können wir die Kreditaufnahme in einem erträglichen Niveau gestalten um so auch kommenden Generationen einen Handlungsspielraum zu lassen.

Für uns ist es auch selbstverständlich, dass wir die Hebesätze auch in einigen Jahren senken müssen, sobald es die Haushaltssituation wieder zulässt.